Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Feyza Tanyeri
feyza.tanyeri@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
D3.178

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

14. September 2022

Guten Tag,

zur **15.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

Mittwoch, 21. September 2022, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregelungen einzuhalten, und das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der Standards FFP2)

Tagesordnung:

1. **Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juli 2022
   Bericht des Magistrats
   -101.19.536-

2. **Verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Stadt Kassel**
   Antrag der Fraktion B90/Grüne
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Maria Stafyllaraki
   - 101.19.526 -

3. **Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen**
   Anfrage Fraktion DIE LINKE
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Tabea Mößner
   - 101.19.528 -

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

4. Konzepterstellung für die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten für Kassel
Antrag der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Maria Stafyllaraki
- 101.19.565 -

5. Bericht der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel
Antrag der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Maria Stafyllaraki
- 101.19.566 -

6. Projekt "Digital im Alter"
Antrag der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anja Lipschik
- 101.19.591 -

Freundliche Grüße

gez. Norbert Sprafke
Vorsitzender

Niederschrift
über die 15. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Mittwoch, 21. September 2022, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD	
Jutta Schwalm, 1. stellvertretende Vorsitzende, CDU	
Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne	
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne	
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne	
Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne	(Vertretung für Mustafa Gündar)
Wolfgang Decker, Mitglied, SPD	(Vertretung für Esther Kalveram)
Petra Ullrich, Mitglied, SPD	
Annette Knieling, Mitglied, CDU	
Holger Römer, Mitglied, CDU	
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE	
Norbert Hansmann, Mitglied, AfD	(bis TOP 2)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates
Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates, Freie Wähler

Magistrat
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung
Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Manuela Ernst, Mitglied, FDP
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt
Daniela Frisch, Frauenhaus Kassel
Homeira Malekzada, Frauenhaus Kassel

Tagesordnung:

1.	**Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss**	101.19.536
1.1	**Situation des Frauenhauses**	101.19.524
2.	**Verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Stadt Kassel**	101.19.526
3.	**Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen**	101.19.528
4.	**Konzepterstellung für die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten für Kassel**	101.19.565
5.	**Bericht der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel**	101.19.566
6.	**Projekt "Digital im Alter"**	101.19.591

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 12. September 2022 ordnungsgemäß einberufene 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bürgermeisterin Friedrich beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den als Tischvorlage verteilten Bericht betr. **Situation des Frauenhauses**, 101.19.524.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: FDP
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag des Magistrats auf Erweiterung der Tagesordnung um den Bericht betr. **Situation des Frauenhauses**, 101.19.524, wird **zugestimmt.**

Vorsitzender Sprafke stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juli 2022
Bericht des Magistrats
-101.19.536-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über aktuelle Entwicklungen und Problemlagen berichtet werden.

Bürgermeisterin Friedrich und Frau Deiß-Fürst, Sozialamt, berichten über die Unterbringung, die Zahl der geflüchteten und Betreuung von Jugendlichen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

1.1 Situation des Frauenhauses
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli 2022
Bericht des Magistrats
-101.19.524-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport über die Situation des Frauenhauses zu berichten. Dabei sollen unter anderem folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:

1. Wie viele Frauenhausplätze stehen in Kassel zur Verfügung?
2. Wie viele der Plätze sind barrierefrei?
3. Wie viele Plätze stehen für Frauen mit Kindern zur Verfügung?
4. Gilt das Angebot sowohl für cis, als auch für trans* Frauen?
5. Welche Fördermittel erhält das Frauenhaus 2022, 2023 und 2024?
6. Wie war die Auslastung in den letzten fünf Jahren?
7. Wie hat sich der Bedarf an Frauenhausplätzen durch die Pandemie verändert?
8. In welchem Verhältnis stehen der Bedarf und das Angebot an Frauenhausplätzen zueinander?
9. Ist die Stadt Kassel an dem Modellvorhaben: Wohnen nach dem Frauenhaus beteiligt oder beabsichtigt, Fördergelder zu beantragen?

10. Wie und in welchem Umfang erfolgt die psychosoziale Beratung und Betreuung der im Frauenhaus lebenden Frauen sowie der Frauen, die das Frauenhaus verlassen haben oder dort keinen Platz bekommen haben?
11. In welchem Umfang und für welche Kinder wird im Frauenhaus Kinderbetreuung angeboten?

Bürgermeisterin Friedrich und Frau Frisch, Frauenhaus Kassel, beantworten die Fragen des Berichtsantrages und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Stadt Kassel

Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.526 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, einen Maßnahmenplan zu entwickeln, um den Anteil der Menschen mit Behinderungen in Beschäftigung der Stadt Kassel signifikant zu erhöhen.

Dieser Maßnahmenplan soll mindestens umfassen:

- Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, die bisher in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, im Rahmen des Budgets für Ausbildung und des Budgets für Arbeit
- Schaffung eines Ausbildungsplatzes, der sehr gute Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung bietet
- Möglichkeiten für Praktika für Menschen mit Behinderung
- Gezielte Information für Menschen mit Behinderung über die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt Kassel
- Schaffung weiterer Möglichkeiten zur Beschäftigung von älteren und langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderung

Der Behindertenbeirat ist bei der Entwicklung des Maßnahmenplans zu beteiligen.

Der Magistrat wird aufgefordert, den Maßnahmenplan im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen und über die Umsetzung der Maßnahmen und den Stand der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung

bei der Stadt Kassel jährlich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Stadtverordnete Lipschik, B90/Grüne, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Bürgermeisterin Friedrich bittet, folgendes zu Protokoll zu nehmen:

Der Antrag gehört in die Zuständigkeit des FiWiGru; es betrifft die Personalabteilung und das neu gegründete Amt 12 (Stadt Kassel Akademie). Für eine Umsetzung gibt es rechtliche Hürden. Grundsätzlich gilt bei einem Einstellungsverfahren die Bestenauslese. Die Schwerbehindertenvertretung ist bei Einstellungsverfahren dabei und bei gleicher Eignung wird Schwerbehinderten der Vorzug gegeben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, DIE LINKE
Ablehnung: SPD
Enthaltung: CDU
abwesend: FDP, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Stadt Kassel, 101.19.526, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

3. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.528 -

Aus Zeitgründen wird sich darauf geeinigt, die schriftliche Beantwortung mit der Einladung der nächsten Sitzung zu verschicken. Der Tagesordnungspunkt wird für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

4. Konzepterstellung für die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten für Kassel
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.565 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat ein Konzept für die Stelle einer*s hauptamtlichen Behindertenbeauftragten für die Stadt Kassel zu erarbeiten und dieses nach spätestens sechs Monaten im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Bürgermeisterin Friedrich bittet, folgendes zu Protokoll zu nehmen:

Bereits im Dezember 2021 wurde ein Stellenplanantrag mit ersten konzeptionellen Überlegungen auf den Weg gebracht. In der ämterübergreifenden AG UN-Behindertenrechtskonvention war und ist es Thema. Die Leiterin der AG hat darüber hinaus Informationen des Deutschen Vereins, des Städtetages sowie Erfahrungen anderer Kommunen zusammengetragen. Eine Umsetzung kann vorbehaltlich der Zustimmung zum Haushalt 2023 und der Genehmigung des Haushaltes im Frühjahr 2023 erfolgen. Diese erfolgt in enger Abstimmung mit dem Behindertenbeirat.

Stadtverordnete Lipschik, B90/Grüne, begründet den Antrag ihrer Fraktion und ändert ihn im Verlauf der Aussprache zum Antrag wie folgt ab:

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat ~~ein~~ **das** Konzept für die Stelle einer*s hauptamtlichen Behindertenbeauftragten für die Stadt Kassel ~~zu erarbeiten und dieses nach spätestens sechs Monaten~~ **im Sommer 2023** im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: FDP, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Konzepterstellung für die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten für Kassel, 101.19.565, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Ullrich

5. Bericht der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.566 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird gebeten, eine*n Vertreter*in der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport einzuladen, um über ihre Arbeit zu berichten.

Stadtverordnete Köpp, B90/Grüne, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: FDP, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Bericht der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel, 101.19.566, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Knieling

6. Projekt "Digital im Alter"
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.591 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Wir bitten den Magistrat, das Projekt „Digital im Alter“ in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen und über die bisherige Arbeit und die geplanten Ziele zu berichten.

Stadtverordnete Lipschik, B90/Grüne, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: FDP, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Projekt "Digital im Alter", 101.19.591, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schirmer

Ende der Sitzung: 18:54 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM RATHAUS KASSEL

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.526

Verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung durch die Stadt Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, einen Maßnahmenplan zu entwickeln, um den Anteil der Menschen mit Behinderungen in Beschäftigung der Stadt Kassel signifikant zu erhöhen.

Dieser Maßnahmenplan soll mindestens umfassen:

- Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, die bisher in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, im Rahmen des Budgets für Ausbildung und des Budgets für Arbeit
- Schaffung eines Ausbildungsplatzes, der sehr gute Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung bietet
- Möglichkeiten für Praktika für Menschen mit Behinderung
- Gezielte Information für Menschen mit Behinderung über die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt Kassel
- Schaffung weiterer Möglichkeiten zur Beschäftigung von älteren und langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderung

Der Behindertenbeirat ist bei der Entwicklung des Maßnahmenplans zu beteiligen.

Der Magistrat wird aufgefordert, den Maßnahmenplan im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen und über die Umsetzung der Maßnahmen und den Stand der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadt Kassel jährlich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Begründung:

Die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderten der Stadt Kassel liegt derzeit unter den Quoten anderer Kommunen, wie beispielsweise Frankfurt. Daher ist ein gezieltes Vorgehen zur Erhöhung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadt Kassel und in ihren Eigenbetrieben nötig, um unsere Ziele im Bereich der Inklusion zu erreichen. Die Sicherstellung von Barrierefreiheit, Partizipation und die Schaffung von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben müssen wichtige

Leitlinien für das Handeln der Stadt – auch in ihrer Rolle als Arbeitgeberin – sein. Dabei hat die Stadt Kassel als öffentlicher Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion. Mit dem Bekenntnis zur UN-Behindertenrechtskonvention geht auch das Bekenntnis zu dem Ziel der Konvention einher, Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen.

Neben der Erstellung und Veröffentlichung eines aktuellen Überblicks über die Beschäftigungsquoten in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen der Stadt Kassel und ihrer Eigenbetriebe, ist die Stadt gefordert mit den entsprechenden Vermittlungsakteur*innen gezielter zusammenzuarbeiten.

Dabei ist es wichtig, auch Einsatzmöglichkeiten für diejenigen Menschen zu suchen, die bisher in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, um auch für diesen Personenkreis sozialversicherungspflichtige tariflich entlohnte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Hierbei kann Inklusion sogar einen finanziellen Vorteil für den städtischen Haushalt haben, weil hier aufgrund der Zuschüsse wesentlich geringere Personalkosten anfallen.

Hierfür hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren im Sozialgesetzbuch IX neue Fördermöglichkeiten im Rahmen eines Budgets für Arbeit und eines Budgets für Ausbildung als alternative Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen geschaffen, die einen Anspruch auf eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen haben. Es ist zu prüfen, ob der Stellenplan dahingehend flexibilisiert werden kann, um Beschäftigungen in diesem Rahmen zu fördern.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Maria Stafyllaraki

gez. Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende

gez. Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender

Kassel documenta Stadt

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.528

13. Juni 2022

Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)

1. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit welchen Qualifikationen und welchen Beschäftigungsumfang sind im Sozialpsychiatrischen Dienst tätig?
2. Welche Aufgaben nimmt der SpDi wahr? Sind diese mit der vorhandenen Personalausstattung zu bewältigen?
3. Welche realen Möglichkeiten hat der SpDi im Akutfall tätig zu werden?
4. Welche personellen Mehrbedarfe erwachsen aus dem novellierten PsychKHG und bis wann werden diese umgesetzt?
5. Welche Arbeits-/Öffnungszeiten deckt der SpDi aktuell ab?
6. Wie sollen die gesetzlich vorgeschriebenen Krisenhilfen umgesetzt werden?
7. Welche Probleme gibt es Arbeitskräfte in welchen Professionen für den SpDi zu gewinnen? Wie könnte Abhilfe geschaffen werden?
8. In wie vielen Fällen kam es 2019, 2020 und 2021 zu Unterbringungen, bei denen der SpDi eingeschaltet wurde?
9. Ist der Mehrbelastungsausgleich, den das Land nach § 8 PsychKHG leistet, ausreichend für die Aufgaben des SpDi?

Koordination der Hilfeangebote

1. Welche Aufgaben hat die Psychiatriekoordination und welchen Stellenanteil?
2. Wer ist Teil des Gemeindepsychiatrischen Verbundes? Wie arbeitet dieser und was sind seine Aufgaben?
3. Wie häufig und zu welchen Themen fanden die koordinierenden Treffen nach § 6 Abs. 3 PsychKHG in den Jahren 2019, 2020 und 2021statt?
4. Was wird durch den SpDi und den Gemeindepsychiatrischen Verbund unternommen, um Unterbringungen zu reduzieren?

Ambulante Angebote im Akutfall

1. Welche niederschwelligen wohnortnahen Angebote gibt es in einer akuten psychischen Krise? Wie und wann sind diese erreichbar?
2. Wer kann sich an diese Stellen wenden (Betroffene, Angehörige, Nachbarn, etc.)?
3. Welche niedrigschwelligen Angebote gibt es, die auch am Abend, an Feiertagen und am Wochenende erreichbar sind?
4. Welche professionellen wohnortnahen Angebote gibt es in einer akuten psychischen Krise? Wie und wann sind diese erreichbar?
5. Wird die Notwendigkeit gesehen die vorhandenen Angebote zu verbessern, um Menschen in Krisensituationen zu unterstützen?

Ehrenamtliche Hilfe und Selbsthilfe/Unabhängige Beschwerdestelle

1. Wie ist die unabhängige Beschwerdestelle ausgestattet und besetzt?
2. Wie erfahren Betroffene von dieser Stelle?
3. Wie viele Beschwerden sind in den Jahren 2019, 2020, 2021 jeweils eingegangen?
4. Wie vielen Beschwerden konnte abgeholfen werden?
5. Was passierte mit den anderen Beschwerden?
6. Welche Unterstützung erhalten die Ehrenamtlichen, die in der unabhängigen Beschwerdestelle aktiv sind?
7. An welchen Stellen wird auf die Expertise von Psychiatrieerfahrenen zurückgegriffen?
8. Inwiefern ist die Zuwendung des Landes für die Beschwerdestelle kostendeckend?

Hilfen für Kinder und Jugendliche

1. Wie viele Kinder- und Jugendpsychiaterinnen/-psychiater gibt es?
2. Welche weiteren Hilfsangebote gibt es für Kinder und Jugendliche mit einer psychischen Erkrankung oder Beeinträchtigung?
3. Welche Wartezeiten gibt es in diesen Einrichtungen?
4. Welche Hilfen gibt es für Kinder und Jugendliche von Eltern mit psychischer Erkrankung?
5. Welche Angebote gibt es zur Prävention von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Tabea Mößner

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM RATHAUS KASSEL

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.565

Konzepterstellung für die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten für Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat ein Konzept für die Stelle einer*s hauptamtlichen Behindertenbeauftragten für die Stadt Kassel zu erarbeiten und dieses nach spätestens sechs Monaten im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Begründung:

Menschen mit Behinderungen sollen in unserer Stadt stärker vertreten werden. Daher soll die Stadt Kassel in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat ein Konzept für die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten erarbeiten, in dem ausgearbeitet wird, mit welchen Aufgaben die Stelle betraut sein soll und wie die Stelle ausgestaltet ist.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Maria Stafyllaraki

gez. Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende

gez. Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM RATHAUS KASSEL

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.566

Bericht der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird gebeten, eine*n Vertreter*in der Wohnberatungsstelle der Caritas Kassel in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport einzuladen, um über ihre Arbeit zu berichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Maria Stafyllaraki

gez. Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende

gez. Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM RATHAUS KASSEL

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.591

Projekt "Digital im Alter"

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Wir bitten den Magistrat, das Projekt „Digital im Alter“ in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen und über die bisherige Arbeit und die geplanten Ziele zu berichten.

Begründung:

Das Projekt „Digital im Alter – Di@-Lotsen“ startete im Juli 2021 zunächst mit sieben Stützpunkten. Kassel war bei den ersten Stützpunkten dabei. Im Mai 2022 kamen in einer ersten Erweiterungsrunde elf neue Stützpunkte hinzu, sodass es aktuell 18 Stützpunkte in Hessen gibt. Weitere ca. 10 Stützpunkte können in diesem Jahr dazu kommen. Es wurden seit Beginn des Projektes 118 Di@-Lotsinnen und Lotsen geschult.

Die Federführung für das Programm „Digital im Alter – Di@-Lotsen“ liegt bei der Hessischen Staatskanzlei. Das Sozialministerium finanziert und unterstützt die Schulung der Lotsinnen und Lotsen, das Digitalministerium stellt die Technikförderung für die Stützpunkte bereit. Die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ unterstützt, begleitet und berät die Di@-Lotsen-Stützpunkte. Das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen e.V. führt die Schulungen durch und bietet darüber hinaus kompetente Medienunterstützung mit Sprechstunden für alle Di@-Lotsinnen und Di@-Lotsen an. Im Jahr 2022 stehen insgesamt über 130.000 Euro zur Verfügung.

https://soziales.hessen.de/presse/gesundheitsnetzwerk-port-willingen-diemelsee-ev-wird-zum-di-stuetzpunkt

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

gez. Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende

gez. Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender